

Anfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	2. Juli 06	397/06
Absender Ratsherr Udo Sommerfeld Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 18. Juli 06	
Betreff Regionale Beschäftigung ECE - Anfrage II		

Bereits zur Sitzung des Rates am 20. Dezember 05 hatte ich gefragt, ob der Anhang II – Regionale Beschäftigungsförderung – als Bestandteil des Realisierungsbeschlusses ECE-Einkaufszentrum Schlosspark auch umgesetzt wurde. Ich hatte dort u.a. gefragt, ob die im besagten Anhang II gemachten Vorgaben, wonach von den zur Angebotsabgabe aufgeforderten Unternehmen mindestens 50% aus der Region kommen sollen und mindestens 40 % der Aufträge an regionale Unternehmen vergeben werden, auch eingehalten wird. Daraufhin antwortete die Verwaltung in Antwort 1: „Die Regelung wird auf Initiative der Kreishandwerkerschaft und Handwerkskammer durch den Verein Handwerkerbörse e.V. gemeinsam mit der Verwaltung und ECE bzw. Credit Suisse mit einer Kooperationsvereinbarung in die Tat umgesetzt.“ Dies erscheint mittlerweile zweifelhaft.

So erschien am 24. März ein ganzseitiger Bericht in der Braunschweiger Zeitung mit der Überschrift „Schloss-Arkaden Wer baut sie auf“ Dort wird festgestellt, dass „Firmen aus der Region bislang weitgehend leer ausgingen“. Dazu wird der IG Bau-Bezirksgeschäftsführer, Horst Anutha zitiert, dass er dies auch nicht anders erwartet habe. Und auch der Kreishandwerkermeister (und CDU-Ratskollege) Eberhard Funke kommt dort mit dem Satz zu Wort: „man habe alles Mögliche versucht“, Gespräche geführt – letztlich ohne greifbaren Erfolg. Der Kreishandwerkermeister hoffte dann aber auf den Innenausbau. Der IG Bau-Geschäftsführer war laut diesem Bericht bis zu diesem Zeitpunkt aber noch wenigstens davon überzeugt, dass alles legal laufe, ein Irrtum, wie wir heute wissen. Am 13. Mai erschien dann in der BZ ein Bericht über den Verlust von 9.400 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in 2005 in unserer Region. Dazu wird der DGB-Regionsvorsitzender Gundolf Algermissen mit folgendem Satz zitiert: „Die Ankündigung von Politikern und Repräsentanten durch das ECE entständen für zwei bis drei Jahre zusätzliche Jobs im Bauhauptgewerbe sei Wunschtraum geblieben.“ Im Juni gab es dann diverse Presseberichte,

wonach durch Überprüfungen des Zolls auf der Baustelle ab März festgestellt wurde, dass rund 120 Bauarbeiter einer polnischen Firma gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz verstoßen haben. Zu diesem Zeitpunkt sollen rund 300 Arbeiter auf dieser Baustelle beschäftigt gewesen sein, so dass die besagten 120 Bauarbeiter 40 % der gesamten Belegschaft ausgemacht haben. Trotzdem wird in der BZ vom 3. Juni der Projektleiter des Essener Generalunternehmers Hochtief zitiert, es habe „keine Anzeichen gegeben, dass irgendetwas nicht in Ordnung ist.“ Obwohl laut einem Bericht der neuen Braunschweiger vom 11. Juni der Generalunternehmer für die Zahlung der gesetzlichen Mindestlöhne zuständig sein soll, bedurfte es selbst nach Bekanntwerden des Umstandes, dass die polnischen Kollegen im April und Mai überhaupt keinen Lohn erhielten, scheinbar erst langwieriger Verhandlungen um hier zu einen Ergebnis zu kommen. Für die polnische Kollegen waren diese Wochen mit Sicherheit äußerst entwürdigend.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

1. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Arbeitsplätze aus der Braunschweiger Region auf der Baustelle ECE-Einkaufszentrum Schlosspark?
2. Unternimmt die Stadt Braunschweig Maßnahmen, damit auf dieser Baustelle der gesetzliche Mindestlohn eingehalten wird?
3. Gibt es Aufträge der Stadt Braunschweig, die vom Bauunternehmen Hochtief ausgeführt werden?

Anfragesteller:

Udo Sommerfeld (Ratsherr Linkspartei)